



**BERNHARD  
SEIDENATH**   
Für das Dachauer Land  
im Landtag

# Newsletter

Donnerstag, 21. Juni 2012

## Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat Mai informieren.

Aktuell das aufregendste Thema ist sicherlich der **Bürgerentscheid in der Landeshauptstadt München zur Dritten Start- und Landebahn am Münchner Flughafen Franz-Josef-Strauß**, bei dem sich bekanntlich rund 54 Prozent der Münchner Bürgerinnen und Bürger gegen die Dritte Startbahn ausgesprochen haben. Rein rechtlich bindet dieser Entscheid nun ein Jahr lang die Landeshauptstadt München als Gesellschafterin der Flughafen München GmbH (FMG), die Dritte Startbahn nicht mehr zu verfolgen. Da bei Infrastrukturmaßnahmen alle drei FMG-Gesellschafter einstimmig entscheiden müssen, ist die Dritte Startbahn damit auf nicht absehbare Zeit auf Eis gelegt. Die FMG wird zu 51 Prozent vom Freistaat Bayern, zu 26 Prozent vom Bund und zu 23 Prozent von der Landeshauptstadt München als Gesellschafter getragen.

Ich hätte ein solches Votum der Münchnerinnen und Münchner nicht erwartet. Da es durch nicht unmittelbar Betroffene zustande gekommen ist, ist es jedoch ein objektives Votum. Selbst die eingefleischtesten Befürworter des Baus der Dritten Startbahn können über dieses Votum nun nicht hinweggehen. Denn wenn der Trend zu mehr basisdemokratischen Elementen geht, dann können und dürfen wir nicht ein auf diese Weise zustande gekommenes Votum ignorieren. In gleicher Weise wäre es unpassend, den Bürgerentscheid durch einen weiter gefassten Volkentscheid etwa auf Landesebene Bayerns korrigieren zu wollen: zum einen, weil man auch im basisdemokratischen Bereich nicht so lange abstimmen kann, bis endlich eine den Antragstellern genehme Entscheidung getroffen wird, zum anderen, weil mitnichten gesagt ist, dass ein bayernweiter Volkentscheid ein anderes Ergebnis bringen würde.

Für die Bürgerinnen und Bürger, die im nördlichen Landkreis wohnen, war der 17. Juni 2012 deshalb ein erfreulicher Tag – sie werden auf lange Sicht keine Belästigungen aus dem Betrieb der Dritten Startbahn zu gewärtigen haben. Allen anderen, bereits jetzt vom Flughafen belasteten Anwohnern des Landkreises, sind wir es schuldig, die Lärmbelastungen durch den Flughafen nicht weiter ansteigen zu lassen. Die Sorge vieler ist es nun nämlich, dass der Flughafen München-Franz Josef Strauß bei seinem angekündigten weiteren Wachstum insbesondere in die Nacht hinein expandieren wird und die Lärmbelastungen für die ohnehin bereits deutlich belasteten An-

wohner deshalb weiter zunehmen werden. Darauf, dass der Bürgerentscheid vom 17. Juni keine negativen Folgen für die Bewohnerinnen und Bewohner des südlichen und mittleren Landkreises Dachau nach sich ziehen wird, muss unser Augenmerk liegen. Dies gilt insbesondere für nächtliche Lärmbelästigungen. Denn sämtliche wissenschaftlichen Studien weisen nach, dass lärmbedingte Aufweckreaktionen in der Nacht gesundheitsschädlich sind.

Nach dem Transrapid ist die Dritte Startbahn so das zweite Großprojekt der letzten Jahre, das gescheitert ist. Wir werden aber auch künftig nicht auf Großprojekte verzichten können. Und so lässt der Bürgerentscheid vom Sonntag mittelbar auch den Druck steigen, dass das zweite und für den Landkreis Dachau so bedeutsame große Bauprojekt, nämlich der **Bau der Zweiten Stammstrecke der S-Bahn in München**, realisiert wird. Die Staatsregierung kann es sich schlicht nicht leisten, dass nun auch der zweite S-Bahn-Tunnel nicht kommt. Einen Weg zum Schließen der bestehenden Finanzierungslücke von 700 Millionen Euro hatte Ministerpräsident Horst Seehofer bereits bei dem Gespräch angedeutet, das oberbayerische Vertreter – darunter Landrat Hansjörg Christmann und ich – im Mai in der Staatskanzlei geführt hatten. Demnach könnte die Flughafen München GmbH die Darlehen, die ihr die drei Gesellschafter Bund, Freistaat und Landeshauptstadt in den 1980er Jahren gewährt hatten und die sich derzeit noch auf 492 Millionen Euro belaufen, an die Gesellschafter zurückzahlen. Letztere könnten diese Gelder zweckgerichtet für den Bau der Zweiten Stammstrecke zur Verfügung stellen. Damit wäre die Finanzierungslücke zu einem großen Teil geschlossen - und wir wären der Realisierung dieses Großprojekts einen großen Schritt näher gekommen. Das ist wichtig, denn ohne die Zweite Stammstrecke lassen sich die in den nächsten Jahren noch wachsenden Verkehrsprobleme im Großraum München nicht lösen.

Am vergangenen Dienstag, 19. Juni, hat Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle vor dem Plenum des Bayerischen Landtags eine **Regierungserklärung zur Bildungspolitik** in Bayern abgegeben. Unter der Überschrift „Qualität und Gerechtigkeit – Der bayerische Weg“ hat der Minister seine Leitlinien zum Bildungsland Bayern vorgestellt. Seine Hauptaussagen kann ich voll unterstreichen: Das differenzierte Schulwesen gewährleistet ein hohes Maß an Durchlässigkeit. Jeder Schülerin und jedem Schüler mit entsprechenden Leistungen wird die Chance garantiert, in der Heimatregion jeden Bildungsabschluss erreichen zu können. Zudem unterrichten an Bayerns Schulen so viele Lehrer wie noch nie. Die Unterrichtsversorgung ist dabei im laufenden Schuljahr nochmals verbessert worden: Über alle Schularten hinweg konnte der ersatzlos ausgefallene Unterricht auf 1,5 Prozent reduziert werden. Wichtig sind auch die Fortschritte beim Ausbau der Ganztagesangebote. Inzwischen besteht an 90 Prozent aller Grundschulen ein Ganztagsangebot, mit Beginn des neuen Schuljahres 2012/2013 wird bei Bedarf auch an 90 Prozent aller weiterführenden Schulen ein offenes oder gebundenes Ganztagsangebot eingerichtet werden können.

Dass Bildung auch weiterhin ein zentraler Investitionsschwerpunkt bayerischer Landespolitik bleibt, zeigt sich auch an den eingesetzten Finanzmitteln: 15,8 Milliarden Euro und damit mehr als ein Drittel seines Gesamthaushalts investiert Bayern in die Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule.

Mit einem weiteren wichtigen Thema hat sich die CSU-Landtagsfraktion am vergangenen Mittwoch, 20. Juni, befasst: der **Landwirtschaftspolitik** – und hier insbesondere mit der **Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf Europäischer Ebene nach 2013**. Dazu war Ilse Aigner, unsere Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, zu Gast in der Sitzung der CSU-Fraktion. Sie berichtete über aktuelle Entwicklungen in der Landwirtschaftspolitik auf Bundes- und europäischer Ebene. So konnte eine von osteuropäischen Ländern geforderte Flatrate der Direktzahlungen für alle Mitgliedsstaaten abgemildert werden. Diese hätte massivste Kürzungen für die deutschen Landwirte bedeutet. Die Fraktion versicherte der Ministerin, dass sie in Brüssel gemeinsam für bestmögliche Rahmenbedingungen für die heimische Landwirtschaft kämpfen möchte - und sprach sich entschieden gegen eine Kürzung der Direktzahlungen aus, die als Ausgleich für öffentliche Leistungen gezahlt werden und die bis zu 50 Prozent des Einkommens der bayerischen Landwirte ausmachen. Daneben müssten auch die Be-

strebungen der Sozialdemokraten unterbunden werden, die Ausgaben der Europäischen Union im Bereich der Agrarpolitik zu kürzen.

In derselben Sitzung sprach sich die CSU-Landtagsfraktion klar **gegen eine Privatisierung der Vermessungsverwaltung** aus. Damit bekräftigte die Fraktion auch ihre Rückendeckung für das Feldgeschworenenwesen in Bayern. In der Fraktion besteht einhellige Meinung, an dem bestehenden System festzuhalten. Die 21.000 ehrenamtlichen Feldgeschworenen leisten eine hervorragende Arbeit. Das bayerische Vermessungswesen funktioniert und ist kostendeckend.

Ein weiteres Thema: Der Bayerische Landtag vergibt heuer zum 13. Mal den **Bürgerkulturpreis für bürgerschaftliches Engagement**. Das Thema lautet in diesem Jahr: „Weltoffenes Bayern – Bürgerschaftliche Initiativen über Grenzen hinweg.“ Bewerbungen können bis zum 10. Juli 2012 eingesandt werden.

Mit dem Bürgerkulturpreis 2012 sollen herausragende Beispiele grenzüberschreitenden Engagements ausgezeichnet werden, die über gegenseitige Besuche und Aufenthalte im Rahmen bewährter Schul- und Städtepartnerschaften hinausgehen. Die Jury unter Vorsitz von Landtagspräsidentin Barbara Stamm sucht Bürgerinnen und Bürger aus Bayern und anderen Teilen der Welt, die durch gemeinsame Ziele miteinander verbunden sind, die voneinander lernen, sich gegenseitig unterstützen, zusammen neue Lösungen entwickeln, durch innovative Ideen nachhaltige Veränderungen herbeiführen und damit Brücken innerhalb Bayerns und in die Welt bauen. Hintergrund ist, dass die europäischen Grenzen durchlässig und die nachbarschaftlichen Beziehungen dadurch intensiver geworden sind. Die Migration bringt es mit sich, dass immer mehr Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zusammenleben. Zugleich muss sich der Zusammenhalt ganz Europas wegen finanzieller und wirtschaftlicher Krisen in einzelnen EU-Staaten bewähren – lauter Herausforderungen auch für das bürgerschaftliche Engagement. Die Welt rückt enger zusammen, wenn Bürgerinnen und Bürger verschiedener Nationalitäten gemeinsam Verantwortung übernehmen. Verwurzelt in Bayern und offen für die Welt – auf dieser Grundlage gibt es viele Projekte und Initiativen, die miteinander etwas auf den Weg bringen und das Zusammenleben positiv gestalten. Beispiele sind die Zusammenarbeit in den Grenzregionen, die ehrenamtliche Arbeit mit Migrantinnen und Migranten, bayerisch-internationale Sportvereine oder Kulturprojekte.

Der Bürgerkulturpreis ist mit 30 000 Euro dotiert und kann auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden. Voraussetzung ist, dass die vorgeschlagenen Projekte mindestens seit einem Jahr existieren. Die Jury wählt im Herbst 2012 die Sieger aus; Landtagspräsidentin Barbara Stamm verleiht den Bürgerkulturpreis am 6. Dezember 2012 im Maximilianeum. Ich kann an dieser Stelle nur alle auffordern, sich entweder selbst zu bewerben oder Träger geeigneter Projekte zu motivieren, eine Bewerbung an den Bayerischen Landtag (Landtagsamt, C/O Clarissa Kern, Maximilianeum, 81627 München, Stichwort: Bürgerkulturpreis) zu richten. Formulare und weitere Informationen hierzu können beim Bayerischen Landtag angefordert werden unter der Telefonnummer 089/4126-2150.

Einen **Besuch stattete das „Kompetenzteam Energie“ des CSU-Kreisverbands vor kurzem dem Energiedienstleister TenneT in Dachau** ab. Von zwei Schaltstationen aus – Lehrte bei Hannover und eben Dachau – wird der Stromfluss durch Mitteleuropa gesteuert und so die Netzstabilität gesichert. Eine der Hauptideen des eindrucksvollen Nachmittags war es, dass wir - auch und gerade aus Gründen der Netzstabilität - auch künftig in Bayern eigene leistungsfähige Kraftwerke brauchen und nicht sämtlichen Strom aus deutschen Küstenregionen (Stichwort: Offshore-Windkraft) oder aus der Wüste (Stichwort: Desertec) beziehen können

So weit meine aktuellen Betrachtungen und die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun eine gedeihliche Lektüre – und verbleibe mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Ihr/Euer

Handwritten signature of Gerhard Liebmann in blue ink.

## Bekämpfung der Cyberkriminalität

Die **Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)** weist für das **Jahr 2011** allein in **Bayern über 10.000 Fälle von Computerkriminalität** aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein **Anstieg um 19,22 %**. Der dabei verursachte Schaden war **mit 29,5 Millionen Euro im Jahr 2011 fast dreimal so hoch wie 2010**.

Die **Deliktsfelder** der Cyberkriminalität reichen von der **Organisierten Kriminalität** (Rauschgift-, Waffenhandel etc.), der **Verbreitung verbotener Pornographie**, insbesondere **Kinderpornographie**, oder **gewaltverherrlichender Inhalte** bis hin zur **Verbreitung strafbarer rechts- und linksextrémistischer Inhalte**.

Eine **wirksame Bekämpfung** dieser oft grenzüberschreitend organisierten

Straftaten setzt eine **kontinuierliche**, an den sich ständig weiterentwickelnden Erscheinungsformen der Kriminalität orientierte **Fortbildung der Staatsanwälte und Richter** voraus.

Vor diesem Hintergrund hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, ein **Konzept zur Verbesserung der Fortbildung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie der Richterinnen und Richter** auf dem Gebiet der Bekämpfung der so genannten Cyberkriminalität, auch unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer **verstärkten internationalen Zusammenarbeit, zu erarbeiten**.

Über das Ergebnis soll sie dem Landtag **bis spätestens 01.12.2012 berichten**.

## Umsetzung der Bundeswehrreform weiterhin konsequent und konstruktiv begleiten

Die **zentrale Aufgabe** der Bundeswehr ist es, **Deutschlands Bevölkerung bestmöglich zu schützen**.

**Neue Bedrohungslagen** und sich **verändernde Anforderungen** und Ein-

**satzprofile** erfordern eine Neustrukturierung der Bundeswehr.

Die **CSU-Fraktion begrüßt** daher **grundsätzlich die Bundeswehrre-**

form hin zu einer **schlanken, leistungsfähigen und schnell einsatzfähigen** Truppe.

Dabei ist es uns wichtig, dass die Bundeswehr auch nach Abschluss der Umsetzung der Bundeswehrreform in **allen Regionen Bayerns flächendeckend**, d. h. auch in strukturschwachen Gebieten, **erhalten bleibt**. Nach wie vor wird **Bayern Heimat für im Bundesvergleich überdurchschnittlich viele Soldatinnen und Soldaten** sein. Sie sollen in Bayern die **bestmögliche Unterstützung**, z. B. durch eine kompetente Beratung vor Ort, erhalten.

In einem **Dringlichkeitsantrag** hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung daher aufgefordert, sich beim Bund **für den Erhalt eines flächendeckenden Netzes der Angebote und örtlichen Ansprechpartner des Sozialdienstes der Bundeswehr in Bayern** einzusetzen.

Außerdem haben wir **noch einmal bekräftigt**, dass sich die Staatsregierung **beim Bund** dafür einsetzen soll, die **strukturellen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Folgen** von unabwendbaren Standortschließungen bzw. Truppenreduzierungen **angemessen zu kompensieren** und für die betroffenen Kommunen ein **entsprechendes Förderprogramm aufzulegen**.

Wir **unterstützen** nach wie vor auch die auf ihrer **Jahreskonferenz vom 26. bis 28. Oktober 2011 beschlossene Forderung der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder** an die Bundesregierung, zur Erleichterung des Strukturwandels

eine **verbilligte Abgabe der zu Verteidigungszwecken nicht mehr benötigten Liegenschaften** zu ermöglichen und die **Sanierung etwaiger Altlasten zu übernehmen**.

Des Weiteren **unterstützt** die CSU-Fraktion den **Beschluss des Bundesrates vom 30. März 2012**, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, **zusätzliche Hilfen** für die von der Bundeswehrstrukturreform und durch den Abzug ausländischer Streitkräfte betroffenen Regionen bereit zu stellen. Insbesondere sprechen wir uns dafür aus, **bestehende Bund-Länder-Förderprogramme aufzustocken** und **erforderlichenfalls ein ergänzendes Bundeskonversionsprogramm** zugunsten der Standortkommunen aufzulegen. Hierzu sollten vor allem die **Bundesmittel für die Städtebauförderprogramme** sowie die **regionale Wirtschaftsförderung** in den nächsten Jahren **erhöht** werden.

Auch sollen die im Zuge der Bundeswehrstrukturreform **frei werdenden Konversionsliegenschaften** – in Anlehnung an die bei früheren Konversionsmaßnahmen geltenden **Verbilligungsgrundsätze** – den **Kommunen auf Wunsch zu günstigen Konditionen**, d. h. unter Marktwert überlassen werden. Zusätzlich sollte § 1 BImAG durch eine „**Öffnungsklausel**“ erweitert werden, welche die **Berücksichtigung strukturpolitischer Ziele** des Bundes, der Länder und der Kommunen bei der Verwertung von Liegenschaften ermöglicht.

Die CSU-Fraktion **unterstützt** die Staatsregierung weiterhin bei ihrer **nachhaltigen, kontinuierlichen und**

**konsequenter Unterstützung** der Bundeswehr und der Standortkommunen bei der Umsetzung der Bundeswehrstrukturreform. **Bayern ist und bleibt Partner der Bundeswehr.**

Um die **Umsetzung der Reform in Bayern begleiten** zu können, haben wir die Staatsregierung auch aufgefordert, über die von ihr getroffenen und eingeleiteten Maßnahmen **zu berichten.**

### Sonderrechte für First Responder-Einsätze

Gemäß § 35 Abs. 5a der Straßenverkehrsordnung (StVO) sind **Fahrzeuge des Rettungsdienstes** von den Vorschriften der StVO **befreit**, wenn **höchste Eile geboten** ist, um **Menschenleben zu retten** oder **schwere gesundheitliche Schäden abzuwenden**. Das bedeutet, dass Rettungswagen beispielsweise keine roten Ampeln beachten müssen.

Diese Ausnahme gilt bislang allerdings **nicht für so genannte „First Responder“-Einsätze**, bei denen es sich aber in der Praxis um lebensrettende Einsätze handelt. Zwar ist es First Responder-Einsätzen möglich, mit Blau-

licht zu fahren, sie sind aber dabei an die Regeln der StVO gebunden.

Um Rechtssicherheit für diese Einsätze herzustellen, hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, im Wege **geeigneter Verwaltungsvorschriften für Bayern sicherzustellen**, dass sich First Responder-Einsätze, sofern sie von einer ILS angefordert werden und in uniformierten Einsatzfahrzeugen durchgeführt werden, analog den Bestimmungen in § 35 Abs. 5a StVO **auf Sonderrechte berufen können.**

### Erfolgreiche Berufskarrieren mit Hauptschulabschluss

Die **Leistungsfähigkeit unseres bayerischen Schulsystems** sollte anhand konkreter Beispiele **noch besser öffentlich dargestellt** werden.

So kann das öffentliche Augenmerk auch stärker auf die **neu konzipierte Mittelschule** gelenkt werden, die junge Menschen **inhaltlich, methodisch und pädagogisch in besonderer Weise** fördert.

Wir haben die Staatsregierung deshalb **in einem Antrag** aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft ein **Konzept zu Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit vorzulegen**, um an konkreten Beispielen die Leistungen der bayerischen Mittelschule darzustellen. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die **notwendigen Mittel** für die Kampagne **bei den Kooperationspartnern eingeworben** werden.

### **Bayreuth International Graduate School of African Studies (BIGSAS)**

Die CSU-Fraktion begrüßt die jahrelange, **äußerst erfolgreiche Arbeit der Afrikaforschung an der Universität Bayreuth**, insbesondere der International Graduate School of African Studies (BIGSAS), der **einzigen** geisteswissenschaftlichen Graduiertenschule in Bayern, die **im Rahmen der ersten Phase der Exzellenzinitiative erfolgreich** war.

Wir haben die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert, über internationale Aktivitäten in Bezug auf

Afrika in wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht unter besonderer Berücksichtigung der Afrikaforschung an der Universität Bayreuth schriftlich und mündlich im Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur **zu berichten**.

Dabei soll auch darauf eingegangen werden, welche Initialzündungen für internationale Zusammenarbeit von der Bayreuther Afrikaforschung ausgegangen sind und zukünftig ausgehen werden.